

Westbalkan soll zu einer Zollunion zusammenwachsen

Wirtschaftliche Integration könnte die Region konkurrenzfähiger machen. Auf dem Balkan bleibt die Idee umstritten.

13.12.2017

Von Amira Baltic-Supukovic

- ▶ "CEFTA Plus" als Alternative zur Zollunion
- ▶ Zukunft bestehender Abkommen bleibt unklar

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic schlug Anfang 2017 eine Zollunion für den Westbalkan vor. Die EU begrüßte die Idee. Auf dem Balkan bleibt sie jedoch umstritten. Auch nach der CEFTA-Woche, die Ende November stattfand, bleibt es fraglich, ob es zur Gründung einer Zollunion kommt, zu einem Kompromiss namens "CEFTA Plus" oder ob die Wirtschaft weiterhin unter den gegenseitigen Handelsbeschränkungen leiden wird.

Obwohl die sechs Unterzeichnerstaaten des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens CEFTA (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) nahezu alle Zölle für die Waren der Vertragsparteien beseitigt haben, erschweren nichttarifäre Hemmnisse den Handel. Vor allem die vorgeschriebenen Inspektionen tragen zu den langen Wartezeiten an den Grenzen bei. Nach Angaben des serbischen Handelsministers Rasim Ljajic liegen die Wartezeiten bei 7 bis 48 Stunden. Hinzu kommen die Kosten für verschiedene andere Dienstleistungen. Diese summieren sich auf etwa 800 Millionen Euro pro Jahr, so Ljajic.

Diese Handelsbeschränkungen könnten nach Ansicht des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic mit der Gründung einer Zollunion beseitigt werden. Anfang 2017 hatte er, damals noch als Ministerpräsident, der EU diesen Vorschlag unterbreitet. Er ist überzeugt, dass eine tiefere wirtschaftliche Integration die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen steigern würde. Die anderen fünf Balkanländer sind der Idee zunächst mit Skepsis begegnet. Auch während der CEFTA-Woche, die Ende November in Belgrad stattfand, konnte kein Konsens erzielt werden.

Der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, begrüßte die Idee hingegen und lobte die Initiative aus Serbien. Für ausländische Investoren sei ein Markt mit 20 Millionen Einwohnern attraktiver als sechs kleine Märkte. Seitdem wird auf dem Balkan über die Vor- und Nachteile einer Zollunion diskutiert.

"CEFTA Plus" als Alternative zur Zollunion

Kritiker der Idee behaupten, dass die Schaffung einer Zollunion mittelfristig unrealistisch und auch unnötig sei. Denn das Potenzial von CEFTA sei noch nicht ausgeschöpft. Die Nachbesserung des Abkommens durch das bereits unterzeichnete Zusatzprotokoll 5 sei eine Alternative zur Zollunion. Das Protokoll, das 2018 in Kraft treten soll, würde ohnehin die verbliebenen nichttarifären Handelshemmnisse beseitigen und für die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten sorgen. Dadurch würden die Kosten für Unternehmen erheblich sinken. Am Protokoll 6, das auch den Dienstleistungsbereich liberalisieren soll, wird bereits gearbeitet.

Der Aufbau einer Zollunion würde hingegen neben dem politischen Konsens aller Beteiligten auch eine Harmonisierung der Zollvorschriften und der elektronischen Abwicklungssysteme erfordern. Auch der Aufbau eines gemeinsamen Verwaltungsorgans wäre notwendig. Das sei mittelfristig nicht zu schaffen. Außerdem fürchtet man, dass nicht alle Mitglieder in gleichem Maße von einer Zollunion profitieren würden.

Zukunft bestehender Abkommen bleibt unklar

CEFTA umfasst die regionale Wirtschaftsintegration auf dem Niveau einer Freihandelszone. Die Zölle für Ursprungswaren der Unterzeichnerstaaten wurden größtenteils abgeschafft. Im Handel mit Drittstaaten legen die Balkanstaaten weiterhin selbstständig die Zölle fest. Jedes Land hat einen eigenen Zolltarif und schließt seine eigenen Freihandelsabkommen ab.

So hat Serbien neben den Freihandelsabkommen mit EFTA (Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein) und der EU eines mit Russland, Belarus und der Türkei. Mazedonien wendet Freihandelsabkommen mit der EU, EFTA, der Türkei und der Ukraine an. Bosnien und Herzegowina unterhält ein Präferenzabkommen mit dem Iran.

Sollte eine Zollunion zustande kommen, stellt sich die Frage, was mit diesen Abkommen geschieht. Denn eine Zollunion impliziert grundsätzlich nicht nur einen gemeinsamen Außenzolltarif sondern auch eine gemeinsame Zollpolitik gegenüber Drittstaaten. Den Abkommen mit Russland, der Ukraine, Belarus, der Türkei und dem Iran müssten entweder alle Länder der Zollunion beitreten oder die Abkommen müssten gekündigt werden. Spätestens mit dem EU-Beitritt wäre die Kündigung ohnehin fällig.

Mehr zu:

Albanien / Bosnien-Herzegowina / Kosovo / Nordmazedonien / Montenegro / Serbien
Freihandelsabkommen (Warenursprung, Präferenzen)
Zoll

Kontakt

Amira Baltic-Supukovic

Zollexpertin

 +49 228 24 993 347

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.